



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen

Sitzungsort: Haus der Insel - Nordeingang - Konferenzraum 1-2

Sitzungsdatum: 10.03.2011

Niederschrift gefertigt am: 21.03.2011

nichtöffentliche Sitzung: Beginn: Ende:

öffentliche Sitzung: Beginn: 18:00 Uhr Ende: 19:30 Uhr

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzende

RM Helga Meyer

Stimmberechtigtes Mitglied

RM Bernhard Onnen

ab TOP 2

RM Stefan Wehlage

RM Hayo F. Moroni

BG Jann Ennen

RM Johannes Terfehr

BG Hans Joachim Vollmer

Von der Verwaltung

StAR Talea Karow

Schriftführer

Verw.-Ang. Hans Joachim Raß

Entschuldigt fehlen:

Außerdem anwesend:

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

2. Haushaltsberatung 2011 - Fortsetzung -

StAR Karow erläutert die Veränderungen zur vorherigen Haushaltsberatung. Im **Ergebnishaushalt** kann nach Rücksprache mit den WBN der Ansatz für die Konzessionsabgabe für das Jahr 2011 um 60.000,- EUR und für die Folgejahre um je 20.000,- EUR erhöht werden. Ferner können durch die Verpachtung von weiteren Flächen (Parkflächen Kiefernweg) 4.000,- EUR mehr bei den Pachteinnahmen erzielt werden. StAR Karow gibt zur Kenntnis, dass seitens der Verwaltung eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes um 20 Prozentpunkte eingeplant wurde. So würden sich Mehreinnahmen in Höhe von 50.000,- EUR ergeben.

Ferner führt StAR Karow aus, dass die Kreisumlage seitens der Verwaltung noch einmal neu berechnet wurde. Für das Jahr 2011 ergäben sich keine Veränderung, aber für die nachfolgenden Jahre könne mit Minderausgaben in Höhe von 50.000,- EUR gerechnet werden, sofern sich die Steuersituation wie geplant entwickle.

Hinsichtlich der Gewerbesteuerumlage gibt StAR Karow zur Kenntnis, dass aktuell neue Erhebungszahlen bekannt gegeben worden sind. Hieraus ergebe sich für das Jahr 2011 eine Entlastung um 40.000,- EUR sowie eine Entlastung von insgesamt 60.000,- EUR für die Folgejahre. Ferner führt StAR Karow aus, dass sich nach dem zu erwartenden Wegfall der Stromsteuer Einsparungen für das Jahr 2011 in Höhe von 28.000,- EUR ergeben werden. Die freiwilligen Leistungen seien für das Jahr 2011 um insgesamt 16.000,- EUR gekürzt worden. StAR Karow gibt zur Kenntnis, dass mit diesen Veränderungen der Ergebnishaushalt ausgeglichen sei.

RM Moroni erkundigt sich nach den Zuschüssen für die Bücherei und fragt ferner, warum der Ansatz für die Ablösebeträge nur 400.000,- EUR betrage, obwohl im Jahr 2010 rund 730.000,- EUR Einnahmen erzielt worden seien. StAR Karow antwortet, dass die Zuschüsse für die Bücherei vertraglich geregelt seien. Ferner führt StAR Karow aus, dass die Höhe des Ansatzes vom zuständigen Fachbereich ermittelt werde und sich nach der angezeigten Bautätigkeit richte.

Auf Nachfrage von RM Wehlage führt StAR Karow aus, dass die Mehreinnahmen bei der Konzessionsabgabe aus erhöhten Verkaufserlösen der WBN resultieren.

StAR Karow nimmt Bezug auf den **Finanzhaushalt** und stellt die wesentlichen Investitionen vor. Sie gibt zur Kenntnis, dass die Verwaltung den Zuwendungsbescheid für die Maßnahme „Straße Hafen - Kreuzung Oase“ erhalten habe. Danach werden die Zuwendungen voraussichtlich wie folgt fällig: im Jahr 2011 in Höhe von 400.000,- EUR, im Jahr 2012 in Höhe von 500.000,- EUR, im Jahr 2013 in Höhe von 700.000,- EUR und im Jahr 2014 in Höhe von 1.400.000,- EUR.

StAR Karow führt aus, dass folgende Investitionen, wie in der vorherigen Ausschusssitzung beschlossen, verschoben wurden:

- der Ansatz für die Spielanlagen von dem Jahr 2012 auf das Jahr 2013, um die Maßnahme gesamt durchzuführen,
- die Maßnahme „Ausbau der Benekestraße zwischen der Winter- und Luciusstraße“ von dem Jahr 2011 in das Jahr 2012 und
- die Maßnahme „Zuwegung Sportplatz“ von dem Jahr 2011 in das Jahr 2012.

StAR Karow erläutert, dass der Fehlbetrag des Finanzhaushaltes durch ein Darlehen in Höhe von 1.000.000,- EUR sowie über Liquiditätskredite ausgeglichen werden soll.

RM Ennen spricht sich gegen eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes aus und betont, dass er mit dem sich so ergebenden unausgeglichenen Ergebnishaushalt leben könne.

RM Wehlage spricht sich ebenfalls gegen eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes aus. Er regt die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 10 Prozentpunkte an.

StAR Karow gibt zu Bedenken, dass ein dauerhaft unausgeglichener Haushalt dazu führe, ein Haushaltssicherheitskonzept aufstellen zu müssen. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass in den nächsten Jahren nicht davon ausgegangen werden könne, dass die Defizite im Laufe des Jahres durch Mehreinnahmen ausgeglichen werden können; insbesondere, da die Ansätze der Abgaben, u. a. auch bei der Gewerbesteuer, im Vergleich zu den Vorjahren teilweise erheblich erhöht wurden.

Der Antrag von RM Wehlage, dass dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 und dem Investitionsprogramm wird in der Fassung des Entwurfes vom 21.02.2011 mit den am 02.03. und am 10.03.2011 beratenen Änderungen mit der Maßgabe zugestimmt wird, dass der Gewerbesteuerhebesatz um 10 Prozentpunkte auf 370 Prozentpunkte angehoben wird, wird mit einer Ja-Stimme bei sechs Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen fasst auf Antrag von RM Ennen bei fünf Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung folgenden Empfehlungsbeschluss an den Verwaltungsausschuss und den Rat der Stadt Norderney:

„Dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 und dem Investitionsprogramm wird in der Fassung des Entwurfes vom 21.02.2011 mit den am 02.03. und am 10.03.2011 beratenen Änderungen mit der Maßgabe zugestimmt, dass eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes nicht erfolgt.“

3. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

4. Anfragen und Anregungen

RM Wehlage gibt zur Kenntnis, dass das Altenheim im Jahre 1996 zu einem vergünstigten Preis vom damaligen Bundesvermögensamt erworben wurde; verbunden mit der Auflage, dort ein Altenheim zu betreiben. Im Zuge des Verkaufs des Krankenhauses sei auch das Altenheim verkauft worden. Das Bundesvermögensamt verlange nun Nachzahlungen, weil dort von der Stadt kein Altenheim mehr betrieben

werde und erkundigt sich, wo die Rückzahlungsverpflichtung für das Altenheim im Haushalt abgebildet sei. BG Ennen erwidert auf die Äußerung von RM Wehlage, dass die AHK das Krankenhaus nur übernommen habe unter der Voraussetzung, dass das Altenheim zur Verlustreduzierung an die APA übergeben werde.

StAR Karow antwortet auf die Frage von RM Wehlage, dass die Rückzahlungsverpflichtung als kreditähnliches Rechtsgeschäft bewertet werde und daher in der Aufstellung der Darlehen enthalten sei.

5. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

Herr Eberhardt erkundigt sich nach den Entlastungen aus dem Klageverfahren Saathoff./Stadt Norderney hinsichtlich der Straßenreinigungsgebühr. StAR Karow antwortet, dass die Entlastungen, welche sich aus dem geschlossenen Vergleich ergeben haben, bereits in der Kalkulation für das Jahr 2011 berücksichtigt wurden.

Herr Jentsch fragt, seit wann der Stadt Norderney die Rückzahlungsverpflichtung bezüglich des Altenheims bekannt sei. StAR Karow antwortet, dass der Stadt Norderney die Rückzahlungsverpflichtung seit 2010 bekannt sei.

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Meyer
(Vorsitzende)

Karow
(StAR)

Raß
(Protokollführer)